

**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
über die Kooperation bei der Abfallentsorgung**

zwischen

**dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald,
vertreten durch Herrn Landrat Dr. Christian Ante
- im folgenden "Landkreis" genannt -**

und

**der Stadt Freiburg im Breisgau,
vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Martin W. W. Horn
- im Folgenden "Stadt" genannt -**

vom 22. Dezember 2025

Präambel:

1. Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und die Stadt Freiburg sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger i.S.v. § 6 LKreiWiG i. V. m. § 30 KrWG. Bei der Erfüllung der ihnen als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger obliegenden Pflichten kooperieren der Landkreis und die Stadt seit mehr als 30 Jahren im Geiste guter nachbarlicher Zusammenarbeit.
2. Im öffentlichen Interesse der Gewährleistung der Entsorgungssicherheit in den Entsorgungsgebieten sowohl des Landkreises als auch der Stadt wird diese Zusammenarbeit fortgesetzt mit der Zielsetzung, im Wege der Kooperation ökologische und ökonomisch vertretbare Lösungen der Abfallentsorgung umzusetzen, die der Zielsetzung der Kreislaufwirtschaft entsprechen, Abfälle vorrangig zu vermeiden und zu verwerten.
3. Die Kooperation ist durch die Zielsetzung geprägt, die Entsorgungspflichten von Landkreis und Stadt als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu bündeln und wechselseitig die Erfüllung von Pflichten zu übernehmen, um sowohl beim Betreiben eigener Entsorgungseinrichtungen, insbesondere von Deponien, als auch bei der Beauftragung Dritter mit der Erfüllung der Pflichten gemäß § 22 KrWG im öffentlichen Interesse einer ökologischen und ökonomischen Abfallentsorgung Synergieeffekte zu erzielen.

4. Dies vorausgeschickt schließen der Landkreis und die Stadt die folgende

Rahmenvereinbarung zur Kooperation bei der Abfallentsorgung.

5. Rechtsgrundlage dieser Vereinbarung sind § 8 LKreisWiG in Verbindung mit § 25 GKZ

§ 1 Kooperation bei der Restabfallentsorgung

- 1.1 Die Entsorgung der Restabfälle aus den Entsorgungsgebieten des Landkreises und der Stadt ist aufgrund der Kooperation der Gebietskörperschaften als Gesellschafter der Gesellschaft Abfallwirtschaft Breisgau GmbH seit 2005 bis Mai 2030 in der MVA TREA Breisgau und damit in einer dem Entstehungsort der Abfälle am nächsten gelegenen geeigneten Anlage (Näheprinzip) gewährleistet.
- 1.2 Landkreis und Stadt wollen die Kooperation und die Entsorgung der Restabfälle in der MVA TREA Breisgau ab dem 01.06.2030 fortsetzen.
- 1.3 Der Landkreis ist Grundstückseigentümer des Grundstücks, auf dem die MVA TREA Breisgau errichtet wurde und betrieben wird. Derzeit ist an dem Grundstück ein Erbbaurecht zugunsten der MVA TREA Breisgau GmbH & Co. KG bestellt, die Vertragspartner des mit der GAB GmbH geschlossenen Entsorgungsvertrages ist, der am 31.05.2030 endet. Als Eigentümer des Grundstücks, auf dem sich die MVA TREA Breisgau befindet, obliegen dem Landkreis die erforderlichen Schritte zur Fortsetzung der Kooperation mit der Stadt bei der Restabfallentsorgung unter Nutzung der MVA TREA Breisgau. Er wird diese Schritte eng mit der Stadt abstimmen.
- 1.4 Erfordert die Kooperation bei der Entsorgung der Restabfälle die Beauftragung Dritter gemäß § 22 KrWG, verpflichtet sich der Landkreis zur Beachtung des Vergaberechts, insbesondere des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Vergabeverordnung.
- 1.5 Die Einzelheiten der Kooperation bei der Restabfallentsorgung bleiben einer gesonderten Vereinbarung vorbehalten.

§ 2 Kooperation bei der Bioabfallentsorgung

- 2.1 Der Landkreis und die Stadt arbeiten bei der Verwertung der Bioabfälle seit 1998 zusammen und wollen diese Kooperation auch künftig fortsetzen. Der Stadt obliegen die erforderlichen Schritte zur Fortsetzung der Kooperation mit

dem Landkreis bei der Verwertung der Bioabfälle. Sie wird diese Schritte eng mit dem Landkreis abstimmen.

- 2.2 Erfordert die Kooperation bei der Verwertung der Bioabfälle die Beauftragung Dritter gemäß § 22 KrWG, verpflichtet sich die Stadt zur Beachtung des Vergaberechts, insbesondere des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Vergabeverordnung.
- 2.3 Die Einzelheiten der Kooperation bei der Verwertung der Bioabfälle bleiben einer gesonderten Vereinbarung vorbehalten.

§ 3 Kooperation bei der Entsorgung von Abfällen, die Deponien der Klasse I nach § 2 Nummer 7 der Deponieverordnung (DepV) zuzuordnen sind

- 3.1 Der Landkreis errichtet derzeit die Deponie Weinstetten als Deponie der Klasse I nach § 2 Nummer 7 DepV. Er verpflichtet sich, ab der Inbetriebnahme der Deponie gemäß § 5 DepV und dem Beginn der Ablagerungsphase nach § 2 Nr. 2 DepV in der Deponie auch Abfälle aus dem Entsorgungsgebiet der Stadt Freiburg zur Ablagerung anzunehmen. Zur Ablagerung auf der Deponie Weinstetten werden nur Abfälle angenommen, die nach dem jeweils geltenden Abfallartenkatalog gemäß § 21 Abs. 1 Nr. 6 DepV für die Ablagerung in der Deponie zugelassen sind.
- 3.2 Der Landkreis erhebt für die Ablagerung von Abfällen aus dem Entsorgungsgebiet der Stadt Freiburg in der Deponie Weinstetten Gebühren gemäß der jeweils geltenden Gebührensatzung des Landkreises.
- 3.3 Der Landkreis ist berechtigt, von den Benutzern der Deponie aus dem Entsorgungsgebiet der Stadt Freiburg eine Erklärung und ggf. einen Nachweis zu fordern, dass es sich um Abfälle handelt, die unter Beachtung von § 7 Abs. 3 DepV einer Deponie der Klasse I zur Ablagerung zugeführt werden dürfen.
- 3.4 Die Verpflichtung nach Absatz 1 endet mit der Beendigung der Ablagerung von Abfällen in der Deponie Weinstetten. Nach § 40 Abs. 1 KrWG hat der Landkreis als Betreiber der Deponie die beabsichtigte Stilllegung dem Regierungspräsidium Freiburg anzuzeigen. Er unterrichtet die Stadt rechtzeitig, mindestens 12 Monate vor der Beendigung der Ablagerung, über die beabsichtigte Stilllegung.
- 3.5 Die Einzelheiten der Kooperation bei der Entsorgung von Abfällen der Deponieklasse I - insbesondere auch die Festlegung des Mengenfensters - bleiben einer gesonderten Vereinbarung vorenthalten.

§ 4 Kooperation bei der Entsorgung von unbelastetem und leicht belastetem Erdaushub, der Deponien der Klasse 0 nach § 2 Nr. 6 DepV zuzuordnen sind

- 4.1 Nach § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 DepV dürfen Abfälle, die einer Verwertung zugeführt werden können, durch den Abfallerzeuger und Abfallbesitzer nicht einer Deponie der Klasse 0, I, II, III oder IV zur Ablagerung zugeführt werden. Ausgenommen hiervon sind diejenigen Abfälle, bei denen eine Ablagerung auf Deponien den Schutz von Mensch und Umwelt am besten oder in gleichwertiger Weise wie die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling gewährleistet. Abfälle, die Deponien der Klasse 0 zuzuordnen sind, können regelmäßig einer Verwertung zugeführt werden. Der Landkreis und die Stadt verpflichten sich deshalb, die Abfallerzeuger und Abfallbesitzer dieser Abfälle vorrangig auf Möglichkeiten der Verwertung dieser Abfälle insbesondere in der Form der Wiederverwendung oder des Recyclings hinzuweisen. Dazu unterrichten sich der Landkreis und die Stadt wechselseitig über die ihnen im jeweiligen Entsorgungsgebiet bekannten Verwertungsmöglichkeiten. Stadt und Landkreis verpflichten sich außerdem, nach Können und Vermögen im Rahmen von Maßnahmen zur Verwertung von unbelastetem oder schwach belastetem Erdaushub auch Erdaushub aus dem Entsorgungsgebiet der jeweils anderen Gebietskörperschaft anzunehmen.
- 4.2 Die Stadt trägt als Alleingesellschafterin im Rahmen ihrer Möglichkeit Sorge dafür, dass die Erdaushubzwischenlager Dietenbach GmbH (EDG), Erdaushub aus dem Entsorgungsgebiet des Landkreises zur Verwertung übernimmt, sofern keine anderen Verwertungsmöglichkeiten bestehen. Die Entscheidung, welche Menge die Stadt auf Anfrage des Landkreises jeweils zur Verwertung annimmt, obliegt alleine dieser. Die Annahme kann von der Erhebung einer Gebühr auf Grundlage einer Gebührensatzung oder der Entrichtung eines marktüblichen Entgelts abhängig gemacht werden.
- 4.3 Der Landkreis verpflichtet sich, Abfälle, aus dem Entsorgungsgebiet der Stadt, die Deponien der Klasse 0 zuzuordnen sind, und in Ausnahmefällen keiner Verwertung zugeführt werden können, nach Können und Vermögen auf seinen Erdaushubdeponien in Bollschweil, Feldberg-Bärental oder Langenordnach zur Ablagerung anzunehmen. Die Entscheidung, welche Menge der Landkreis auf seinen Einrichtungen auf Anfrage der Stadt jeweils annimmt, obliegt alleine diesem. Zur Ablagerung auf diesen Erdaushubdeponien werden nur Abfälle angenommen, die nach den jeweils für die Deponie geltenden Abfallartenkatalogen nach § 21 Abs. 1 Nr. 6 DepV für die Ablagerung in der jeweiligen Deponie zugelassen sind.

- 4.4 Der Landkreis ist berechtigt, von den Benutzern der Deponie aus dem Entsorgungsgebiet der Stadt Freiburg eine Erklärung und ggf. einen Nachweis zu fordern, dass es sich um Abfälle handelt, die unter Beachtung von § 7 Abs. 3 DepV einer Deponie der Klasse 0 zur Ablagerung zugeführt werden dürfen.
- 4.5 Der Landkreis erhebt für die Ablagerung der Abfälle in seinen Erdaushubdeponien die Gebühren nach der jeweils geltenden Gebührensatzung.

§ 5 Abfallwirtschaftskonzepte

Der Landkreis und die Stadt haben als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach § 16 Abs. 1 LKreiWiG als internes Planungsinstrument ein Abfallwirtschaftskonzept über die Entsorgung der in ihrem Gebiet anfallenden und von ihnen zu entsorgenden Abfällen zu erstellen und bei wesentlichen Änderungen fortzuschreiben. Landkreis und Stadt informieren sich wechselseitig über die Fortschreibung ihrer Abfallwirtschaftskonzepte, stimmen diese aufeinander ab und entwickeln sie kooperativ weiter mit der Zielsetzung, sich im Rahmen der Abfallentsorgung gegenseitig zu unterstützen.

§ 6 Loyalitätsklausel

Der Landkreis und die Stadt verpflichten sich zur wechselseitigen Loyalität im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Abfallentsorgung. Sie unterrichten sich wechselseitig über alle Entwicklungen, Pläne und Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Gewährleistung der Entsorgungssicherheit in den Entsorgungsgebieten der beiden Gebietskörperschaften haben können. Sollten einzelne Regelungen dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unwirksam sein, bleiben die übrigen Regelungen hiervon unberührt.

§ 7 Laufzeit und Vertragsbeendigung

- 7.1 Diese Kooperationsvereinbarung tritt am Tag nach der letzten öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Sie ersetzt die Vereinbarung vom 16.12.1993 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 18.12.2000.
- 7.2 Die Vereinbarung bedarf gemäß § 25 Abs.5 GKZ der Genehmigung des Regierungspräsidiums Freiburg als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde. Dies gilt auch für die Einbeziehung weiterer Aufgaben und die Aufhebung der Vereinbarung. Die Vereinbarung, ihre Änderung und Aufhebung sind mit der

Genehmigung, sofern eine solche erforderlich ist, von den Beteiligten öffentlich bekanntzumachen.

- 7.3 Die Kooperationsvereinbarung wird unbefristet geschlossen. Sie kann von jeder Vertragspartei aus wichtigem Grund gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn die Voraussetzungen für eine Kündigung in besonderen Fällen nach § 60 Abs.1 VwVfG vorliegen. Die Kündigung hat schriftlich gegenüber dem Vertragspartner zu erfolgen. Sie kann nur zum Ablauf eines Jahres mit Beginn des Zugangs der Kündigungserklärung ausgesprochen werden.

Freiburg, den 19.12.2025

Freiburg, den 22.12.2025

Oberbürgermeister Martin W. W. Horn

Landrat Christian Ante

Genehmigung

Die am 22.12.2025 geschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und der Stadt Freiburg im Breisgau über die Kooperation bei der Abfallentsorgung wird gemäß § 25 Abs.5 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) genehmigt.

Freiburg, den 28.01.2026

Regierungspräsidium Freiburg

Öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 28.02.2026.